

## Erklärung zur Ukraine-Krise

UNI Europa verurteilt nochmals die völkerrechtswidrige Invasion eines souveränen Staates und fordert Russland auf, die territoriale Integrität der Ukraine anzuerkennen und alle Militäroperationen sofort einzustellen, drängt darauf, dass die russischen Truppen das Land verlassen, und spricht sich für die Aufnahme eines Dialogs und von Friedensgesprächen aus.

UNI Europa bringt ihre Solidarität mit allen Menschen, Arbeitnehmer\*innen und Gewerkschaften in der Ukraine zum Ausdruck.

Das Streben nach Frieden und Demokratie gehört zu den Grundwerten der Gewerkschaftsbewegung und ist eine wesentliche Voraussetzung für die Gewährleistung von Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit und Arbeitnehmer- und Menschenrechten.

UNI Europa unterstützt alle politischen und diplomatischen Initiativen und Sanktionen zur Sicherung des Friedens und fordert humanitäre Hilfe für die ukrainische Bevölkerung in der Ukraine sowie die Aufnahme und Unterstützung von Geflüchteten in Europa.

UNI Europa verurteilt die Repressionen in Russland gegen jene Menschen, die sich dem Krieg in der Ukraine widersetzen, und sichert russischen Gewerkschaften, Arbeitnehmer\*innen, Aktivist\*innen und Pazifist\*innen, die sich dem Krieg gewaltlos widersetzen, Unterstützung zu. Außerdem bekundet UNI Europa Solidarität mit der russischen und belarussischen Bevölkerung, die wegen eines Krieges, für den sie nicht verantwortlich ist, von den Folgen der Sanktionen oder Formen von Diskriminierung betroffen ist.

UNI Europa fordert die internationalen Institutionen und insbesondere die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zu folgenden Maßnahmen auf:

- Es muss sofort und mit allen verfügbaren Mitteln gehandelt werden, um einen Waffenstillstand zu erreichen und Verhandlungen zur Einleitung eines Friedensprozesses zu erleichtern, wobei Demokratie, die Menschenrechte und internationale Konventionen zu achten sind. Die Europäische Union muss als Institution aktiv werden und darf die diplomatischen Bemühungen und Aktionen für den Frieden nicht nur einzelnen Regierungen und Politiker\*innen überlassen.
- In der Zwischenzeit müssen Putin und seine Regierung dazu gedrängt werden, die Aggression und Invasion zu beenden und tatsächliche Verhandlungen aufzunehmen. Außerdem muss durch alle notwendigen Formen von Sanktionen, die speziell auf die Interessen und das Vermögen der russischen Führung und Eliten abzielen, der Druck erhöht werden, und dies wegen der Beteiligung an der militärischen Aggression gegen die Ukraine auch auf Belarus ausgeweitet werden.
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die während der Invasion in der Ukraine begangen wurden, müssen untersucht werden, und die Verantwortlichen vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden.

- Es müssen Sicherheit und Schutz an den Grenzen und für die Bevölkerung derjenigen EU-Mitgliedstaaten und Nachbarländer sichergestellt werden, die der aktuellen und potenziellen russischen Militäroffensive am stärksten ausgesetzt sind.
- Es muss ein konkreter Dialog mit der Ukraine über den Beitrittsprozess des Landes zur Europäischen Union aufgenommen werden. Selbst wenn ein solcher Prozess und das Erfüllen der Kriterien Zeit in Anspruch nehmen und alle erforderlichen Schritte gemäß den EU-Vorschriften befolgt werden müssen, wäre dies ein aussagekräftiges Signal an Russland und die internationale Gemeinschaft, dass die Ukraine bereit und willkommen ist, sich im Geiste von Frieden und Solidarität am europäischen Integrationsprojekt zu beteiligen. Dieser Dialog sollte auch mit den anderen Ländern wie Georgien und Moldawien aufgenommen werden, die sich der EU angeschlossen haben, um diesen Ländern Stabilität und Gleichbehandlung zu garantieren. Auf den laufenden Beitrittsprozess der westlichen Balkanländer sollte dies jedoch keine Auswirkungen haben.
- Es müssen vollständig geschützte humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit Vertriebene in sicherere Teile der Ukraine gelangen und Schutzbedürftige das Land sicher verlassen können, sowie Aufnahme- und Umsiedlungspläne innerhalb der EU erstellt werden.
- Es müssen sofortige finanzielle Hilfen zur Sicherstellung der humanitären Unterstützung für die Ukraine und ihre Bevölkerung bereitgestellt werden und alle erforderlichen Maßnahmen zur Unterstützung derjenigen getroffen werden, die aus dem Land geflohen sind und die benachbarten EU-Mitgliedstaaten und andere Länder der Region erreicht haben.
- Es müssen alle Geflüchteten und Menschen, die aus der Ukraine und anderen Ländern (einschließlich Russland und Belarus) fliehen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit und ihrem Migrationsstatus willkommen geheißen und ihnen das Recht auf Mobilität im EU-Gebiet gewährt werden, ohne biometrische Pässe zu verlangen, und angemessene Maßnahmen für die Umsiedlung, Aufnahme und Integration innerhalb der EU-Länder ergriffen werden.
- Zu diesem Zweck sollte die Richtlinie über den vorübergehenden Schutz (diese wurde vom Europäischen Rat am 4. März 2022 auf Vorschlag der Europäischen Kommission zum ersten Mal eingesetzt) durch Solidarität und geteilte Verantwortung zwischen den EU-Mitgliedstaaten vollständig umgesetzt werden. Hierfür muss das gesamte Spektrum der in der Richtlinie vorgesehenen Rechte, – darunter Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung und Sozialhilfe – allen Personen gewährt werden, die Anspruch auf diesen Schutz haben: ukrainische Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen; Staatenlose und Drittstaatsangehörige, die in der Ukraine internationalen Schutz oder gleichwertigen Schutz genossen haben, sowie ihre Familienangehörigen. Die Mitgliedstaaten sollten den vorübergehenden Schutz auf diejenigen Drittstaatsangehörigen ausweiten, die sich rechtmäßig in der Ukraine aufhalten und nicht unter sicheren und dauerhaften Bedingungen in ihr Herkunftsland oder ihre Herkunftsregion zurückkehren können.
- Die besondere Situation von Frauen und Kindern in Konfliktgebieten und bei der Ankunft muss berücksichtigt werden, einschließlich der Risiken von Ausbeutung und geschlechtsspezifischer Gewalt, insbesondere sexueller Gewalt und Menschenhandel.
- Die besondere Situation älterer und schutzbedürftiger Menschen muss berücksichtigt und angemessener Schutz gewährleistet werden, der ihren besonderen Bedürfnissen gerecht wird.
- Die besondere Situation von Schwarzen und Angehörigen ethnischer Minderheiten muss berücksichtigt werden, und es müssen Maßnahmen zur Verhinderung von Diskriminierung und Rassismus ergriffen werden, denen diese Menschen an der

ukrainischen Grenze ausgesetzt sind, sowie Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Diskriminierung auf ihrer Reise durch Europa.

- Geflüchteten und Menschen, die ihr Land wegen des Krieges verlassen haben, müssen Wege zur Integration in den Arbeitsmarkt geebnet werden, ihnen volle Gleichbehandlung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft garantiert werden, und jede Form von Ausbeutung und Diskriminierung verhindert und bekämpft werden.
- Es müssen Maßnahmen zur Kompensation und alternativen Versorgung mit Gütern und Energiequellen entwickelt werden, um Spekulation zu bekämpfen und die negativen Auswirkungen des Krieges und der damit verbundenen Sanktionen auf die Bevölkerung der EU-Mitgliedstaaten und Nachbarländer zu verringern. Diese Maßnahmen sollte die Bereitstellung von EU-Mitteln umfassen, um den Anstieg der Preise und Zölle so gering wie möglich zu halten, sowie die Fortführung von Soforthilfemaßnahmen. Diese von der EU erfolgreich zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie eingesetzten Maßnahmen (z. B. SURE) sollten refinanziert und neu ausgerichtet werden, um die Folgen des Krieges für Wirtschaft und Beschäftigung zu bewältigen.
- UNI Europa warnt vor Versuchen, den Krieg zu instrumentalisieren, um eine Deregulierungsagenda im Hinblick auf Arbeitnehmerrechte und Sozialschutz zu rechtfertigen oder zu Sparmaßnahmen und restriktiven Steuervorschriften zurückzukehren. Dies würde die negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Konflikts und der damit verbundenen Sanktionen noch weiter verschärfen.

UNI Europa unterstützt uneingeschränkt die Bemühungen unseres Organisierungszentrums COZZ und unserer Mitgliedsorganisationen in Polen und Rumänien, um ukrainischen Geflüchteten zu helfen, wobei insbesondere das Projekt „Unions Helping Refugees UHR“ in Polen zu nennen ist. UNI Europa ermutigt alle Mitgliedsorganisationen, zu diesen Möglichkeiten gelebter Solidarität unter Gewerkschaften beizutragen.

UNI Europa unterstützt in vollem Umfang die Bereitschaft des EGB, in Abstimmung mit den EGB-Mitgliedsorganisationen sowie mit dem IGFB und dem PERC, folgende Maßnahmen in Angriff zu nehmen:

- Lobbyarbeit bei EU-Institutionen und nationalen Regierungen sowie bei internationalen Institutionen, einschließlich des Europarats, um die Forderungen des EGB zu bekräftigen und den Druck hochzuhalten.
- Unterstützung des Friedensprozesses, wobei Demokratie, Menschenrechte und internationale Konventionen zu achten sind.
- Reflexion und Analyse der historischen Wurzeln dieses Konflikts und der damit verbundenen geopolitischen Spannungen sowie Entwicklung einer langfristigen Strategie, um Frieden, Demokratie, nachhaltiges Wachstum und soziale Gerechtigkeit in Europa zu schaffen.
- Unterstützung von Gewerkschaften bei ihren Aktionen, darunter Streiks, Blockaden und andere Arbeitskämpfmaßnahmen, um Druck auf jene europäischen Unternehmen auszuüben, die sich entschieden haben, weiterhin in Russland zu operieren oder nach wie vor Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Russland zu unterhalten.
- Bereitstellung finanzieller Unterstützung zur Sicherung humanitärer Hilfe für die im Land verbliebene ukrainische Bevölkerung durch die ukrainischen Gewerkschaften.
- Bereitstellung finanzieller und humanitärer Hilfe für die ukrainischen Geflüchteten durch die Gewerkschaften aus den EU-Mitgliedstaaten und Nachbarregionen.
- Unterstützung der EGB-Mitgliedsgewerkschaften in den Ländern der Region, die am stärksten von den Folgen der russischen Angriffe betroffen sind, sowie Unterstützung

der Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft und von Einzelpersonen in Russland, die sich offen gegen den Krieg positioniert haben.

- Konsequente Verurteilung der Erklärungen der FNPR zur Unterstützung der Aggression Putins gegen die Ukraine, die mit unseren Werten und Grundsätzen nicht vereinbar sind. Aufforderung an die FNPR, sich von ihrer Position zu distanzieren und sich klar für Frieden und Demokratie auszusprechen und sich mit der ukrainischen Bevölkerung zu solidarisieren.
- Hilfe bei der Einrichtung humanitärer Korridore zur Unterstützung ukrainischer Geflüchteter und Hilfe bei der sicheren Durchreise an den EU-Grenzen für Bürger\*innen aus Drittländern, die sich in der Ukraine aufhalten und kein Schengen-Visum besitzen.
- Initiieren von Mobilisierungsaktionen für den Frieden in der Ukraine auf EU- und nationaler Ebene, die auf globaler Ebene koordiniert werden.